

Vor der Sachberatung schlug Herr Lübken vor, dass der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt werden soll, dass vor dem letzten Wort „einzurichten“ der Passus „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten“ ergänzt wird, weil die im Antrag genannten Einrichtungen mit Ausnahme des Rathauses dem Verein zur Förderung städtischer Jugendeinrichtungen zugeordnet sind. Er wies darauf hin, dass der Integrationsrat bei einem entsprechenden Votum für den vorgelegten Antrag die Belegungszeiten der Einrichtungen mit dem Verein zur Förderung städtischer Jugendeinrichtungen abstimmen sollte.

Frau Albrecht begründete anhand der Vorlage den gemeinsamen Antrag der Agenda-Liste und der Internationalen Liste. Die Sprechstunden des Integrationsrates sollen demnach ortsnah in den Stadtteilen angeboten werden, in denen eine hohe Dichte an Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund zu verzeichnen ist. Die Antragsteller versprechen sich mit diesen Angeboten eine rege Annahme sowie eine hohe Akzeptanz.

Die Vorsitzende bedankte sich für die Erläuterungen.

Frau Albrecht ergänzte ihre Erläuterungen dahingehend, dass auch die Ratsvertreter mit ihrem politischen Know-how zu entsprechenden Sachthemen an den Sprechstunden teilnehmen sein sollten.

Herr Lienesch unterstütze diesen Antrag grundsätzlich, gab jedoch zu Bedenken, dass man darauf achten müsse, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass es sich bei den Sprechstunden um Parteiveranstaltungen handelt. Er schlug vor, die Akzeptanz der Sprechstunden dahingehend zu untermauern, als dass dort aus den einzelnen Interessenvertretungen ebenfalls Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sein sollten.

Herr Grote sagte grundsätzlich eine Teilnahme der Vertreter des Rates an den Sprechstunden zu, möchte die Sprechstunden jedoch erst einmal installieren und dann überprüfen, wie diese Sprechstunden angenommen werden.

Herr Lübken wies darauf hin, dass im Vorfeld der Sprechstunden mit den Ratsvertretern die Verwaltung gerne dabei behilflich sein werde, die möglicherweise speziellen und sehr differenzierten Anliegen der Betroffenen zu sortieren und Lösungsmöglichkeiten zu koordinieren.

Die Vorsitzende stellte den folgenden neuen Beschlussvorschlag zur Abstimmung: